

# Fragenkatalog an den Demokratischen Geldkonvent

nach dem Buch



Die vorgeschlagene Entscheidungsmethode ist das SK-Prinzip:  
»Systemisches Konsensieren« ([www.sk-prinzip.eu](http://www.sk-prinzip.eu))

Gegen jeden Vorschlag wird der Widerstand gemessen mit  
0 bis 10 Widerstandspunkten  
(0 = kein Widerstand; 10 = höchster Widerstand).  
Es gewinnt der Vorschlag, der den geringsten Widerstand auslöst.

Mehr zum Ablauf eines Demokratischen (Kommunalen)  
Wirtschaftskonvents oder Geldkonvents finden Sie auf:  
[http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/sites/default/files/  
Konvent-Leitfaden-GW%C3%96-Gemeinde.pdf](http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/sites/default/files/Konvent-Leitfaden-GW%C3%96-Gemeinde.pdf)

# Fragenkatalog für den Geldkonvent

## Geldschöpfung

Frage 1a:

Wer darf Bargeld (= gesetzliches Zahlungsmittel) schöpfen?

Nulllösung:

Ausschließlich die staatliche Zentralbank. WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Zusätzlich Geschäftsbanken? WP: \_\_\_ von 10

Zusätzlich Unternehmen? WP: \_\_\_ von 10

Zusätzlich Privatpersonen? WP: \_\_\_ von 10

Zusätzlich regionale Gebietskörperschaften? WP: \_\_\_ von 10

Frage 1b:

Wer darf Buchgeld (= gesetzliches Zahlungsmittel) schöpfen?

Nulllösung:

Die staatliche Zentralbank und private  
Geschäftsbanken. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Ausschließlich die staatliche Zentralbank? WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Zusätzlich Unternehmen? WP: \_\_\_ von 10

Zusätzlich Privatpersonen? WP: \_\_\_ von 10

Zusätzlich regionale Gebietskörperschaften? WP: \_\_\_ von 10

Frage 2:

Wer darf Komplementärwährungen ausgeben, die nicht als gesetzliches Zahlungsmittel gelten und deshalb nicht von allen Tauschparteiern angenommen werden müssen?

Unternehmen? WP: \_\_\_ von 10

Privatpersonen, Vereine? WP: \_\_\_ von 10

Regionale Gebietskörperschaften? WP: \_\_\_ von 10

## Vollgeld-Reform

Frage 3:

Soll die Vollgeld-Reform durchgeführt werden?

Nulllösung:

Die gegenwärtige geteilte Geldschöpfungspraxis von Zentralbank und Geschäftsbanken bleibt aufrecht, die Girokonten bleiben Teil der Bankbilanzen, die Geldschöpfungsgewinne fließen überwiegend den Geschäftsbanken zu.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Das öffentliche Geldschöpfungsmonopol wird auf Buchgeld ausgeweitet. Das in Umlauf befindliche Geld kommt ausschließlich von der Zentralbank, die Girokonten werden von den Bankbilanzen ausgegliedert und gehen in das Eigentum der BankkundInnen über, die Geldschöpfungsgewinne kommen zur Gänze der Allgemeinheit zugute.

WP: \_\_\_ von 10

## Zentralbank

Frage 4:

Wem soll die Zentralbank gehören?

Da die Nulllösung hier in unterschiedlichen Staaten unterschiedlich ist, werden drei Alternativen zur Wahl gestellt, welche alle Nulllösungen beinhalten.

Alternative 1:

Die Zentralbank soll sich im Besitz privater Geschäftsbanken befinden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Die Zentralbank soll sich im gemischten Besitz privater Geschäftsbanken und des Staates befinden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

Die Zentralbank soll öffentlich sein.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 5:

Wie sollen die Entscheidungsgremien der Zentralbank zusammengesetzt sein?

Nulllösung:

Vorrangig oder ausschließlich BankerInnen.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Alle gesellschaftlichen Gruppen sollen repräsentiert sein und ihre VertreterInnen entsenden dürfen.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 6:

Welche Ziele soll die Zentralbank verfolgen?

Alternative 1:

Preisstabilität und Vollbeschäftigung sind gleichwertige Ziele, keine Staatsfinanzierung.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Preisstabilität hat Vorrang vor Vollbeschäftigung, keine Staatsfinanzierung.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

Preisstabilität und Vollbeschäftigung sind gleichwertige Ziele, begrenzte Staatsfinanzierung.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 7:

Soll die geldschöpfende Zentralbank als unabhängige vierte Staatsgewalt, als »Monetative«, konstituiert werden, die ausschließlich von der Bevölkerung direkt mandatiert wird?

Nulllösung:

Nein, das aktuelle Modell einer unabhängigen EZB reicht aus.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Die Zentralbank soll gegenüber dem Europaparlament rechenschaftspflichtig und weisungsgebunden werden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Im Sinne einer weiteren Ausdifferenzierung der Gewalten soll eine von Regierung und Parlament

unabhängige »Monetative« eingerichtet und ihre Ziele direkt demokratisch vorgegeben werden. WP: \_\_\_ von 10

## Staatsschulden

Frage 8:

Dürfen sich Staaten begrenzt und bedingt bei der eigenen Zentralbank zinsfrei verschulden?

Nulllösung:

Nein, der Zentralbank soll die Staatsfinanzierung verboten bleiben; Staaten müssen sich auf Märkten bei Privaten verschulden und dafür die von den Märkten verlangten Zinsen bezahlen. WP: \_\_\_ von 10

Alternativen:

Ja, begrenzt mit 25 Prozent der Wirtschaftsleistung. WP: \_\_\_ von 10

Ja, begrenzt mit 50 Prozent der Wirtschaftsleistung. WP: \_\_\_ von 10

Ja, begrenzt mit 75 Prozent der Wirtschaftsleistung. WP: \_\_\_ von 10

Gebunden an die Genehmigung eines Zukunftskomitees. WP: \_\_\_ von 10

Nach freiem Ermessen des Parlaments. WP: \_\_\_ von 10

Frage 9:

Was soll geschehen, wenn der Verschuldungsrahmen überschritten wird?

Nulllösung:

Die Regierungen müssen die Schulden, welche die Verschuldungsgrenze übersteigen, auf den Märkten aufnehmen. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Es treten rein einnahmenseitige automatische Stabilisatoren (höhere Erbschafts- und Großvermögenssteuern) in Kraft. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Es treten rein ausgabenseitige automatische Stabilisatoren («Rasenmäher« über alle Staatsausgaben) in Kraft.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

Es treten automatische Stabilisatoren zu je fünfzig Prozent ausgabenseitig («Rasenmäher«) und fünfzig Prozent einnahmenseitig (Vermögenssteuer) in Kraft.

WP: \_\_\_ von 10

## Kreditwesen

Frage 10:

Sollen Kredite immer zugleich dem Gemeinwohl dienen müssen und soll es dafür neben der finanziellen Bonitätsprüfung auch eine ethische Kreditprüfung geben?

Nulllösung:

Nein, das ist unnötige Bürokratie.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, das wäre sinnvoll und verfassungskonform.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 11:

Sollen Finanzkredite vergeben werden dürfen?

Nulllösung:

Ja, jede KreditnehmerIn soll selbst entscheiden dürfen, wofür sie den Kredit verwendet.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Nein, Geld-aus-Geld-Geschäfte sind grundsätzlich abzulehnen und sollten jedenfalls nicht durch Kreditaufnahme verstärkt werden dürfen.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 12:

Sollen Banken verpflichtet werden, Kredite in der Region zu vergeben?

Nulllösung:

Nein, Globalisierung macht Finanzmärkte effizienter und entspricht der Wirtschaftsfreiheit.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, das wäre sinnvoll, weil es in immer mehr Ländern einen Überschuss an Finanzvermögen gibt. Banken sollen darauf verpflichtet werden, die Spareinlagen aus der Region in derselben Region als Kredite auszugeben.

WP: \_\_\_ von 10

## Geschäftsbanken

Frage 13:

Soll es eine Größengrenze für Banken geben, um – ökonomisch wie politisch – systemrelevante Institute zu verhindern?

Nulllösung:

Systemrelevante »Global Players« sind zulässig.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, sie dürfen eine festgelegte Obergrenze nicht überschreiten. Die EU-Finanzmarktaufsicht überwacht diese Grenze und leitet bei Überschreiten Maßnahmen zur Teilung oder Schrumpfung des Instituts ein.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 13a:

Wenn ja, wo soll diese Obergrenze liegen?

Bei dreißig Milliarden Euro Bilanzsumme?

WP: \_\_\_ von 10

Bei fünfzig Milliarden Euro Bilanzsumme?

WP: \_\_\_ von 10

Bei 75 Milliarden Euro Bilanzsumme?

WP: \_\_\_ von 10

Bei hundert Milliarden Euro Bilanzsumme?

WP: \_\_\_ von 10

Frage 14:

Bei der Abwicklung systemrelevanter Banken werden voraussichtlich weitere Kosten anfallen. Wer soll diese tragen?

Nulllösung (Plan der EU-Bankenunion):

EigentümerInnen, GläubigerInnen,  
nationale SteuerzahlerInnen und  
EU-SteuerzahlerInnen.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Nur die EigentümerInnen und GläubigerInnen,  
mit Nachschusspflicht für die EigentümerInnen. WP: \_\_\_ von 10

Frage 14a:

Falls SteuerzahlerInnen: Soll eine mindestens kostendeckende  
EU-weite Vermögenssteuer zur Abwicklung systemrelevanter  
Banken auf Großvermögen eingehoben werden?

Nulllösung:

Nein, die bisherige Steuerpolitik ist ausreichend. WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja. WP: \_\_\_ von 10

Frage 15:

Sollen staatliche Hilfen – wie a) Zugang zur Zentralbank,  
b) Einlagensicherung, c) Geschäfte mit dem Staat und d) Notstützungs-  
maßnahmen im Ausnahmefall – nur für Banken gewährt werden, die  
sich zur Erfüllung einer Gemeinwohl-Charta verpflichten?

Nulllösung:

Nein. WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja. WP: \_\_\_ von 10

Frage 15a:

Wenn ja: Soll dieser Kriterienkatalog einschließen?

Gemeinwohl-Orientierung in der Satzung  
und Gemeinwohl-Bilanz? WP: \_\_\_ von 10

Konservatives Geschäftsmodell (nur Kredite  
und Spareinlagen)? WP: \_\_\_ von 10

Nichtausschüttung von Gewinnen an  
EigentümerInnen? WP: \_\_\_ von 10

Ausstieg aus dem Zinssystem: keine Sparzinsen,  
Kreditgebühr statt -zinsen? WP: \_\_\_ von 10

Gemeinwohl-Prüfung aller Kreditprojekte? WP: \_\_\_ von 10

Gemeinwohlorientierte Gewinnverwendung? WP: \_\_\_ von 10



## Finanzaufsicht

Frage 16:

Soll eine schlagkräftige EU-Finanzaufsicht gegründet werden, die ...

- ... Banken über dreißig Milliarden Euro Bilanzsumme zerteilt? WP: \_\_\_ von 10
- ... ausländische Banken mit einer größeren Bilanzsumme vom EU-Binnenmarkt fernhält? WP: \_\_\_ von 10
- ... Schattenbankaktivitäten schließt? WP: \_\_\_ von 10
- ... Banken ein nichtrisikogewichtetes Mindesteigenkapital in der Höhe von zwanzig bis dreißig Prozent ihrer Bilanzsumme vorschreibt? WP: \_\_\_ von 10
- ... die Bilanzierungsregeln nach dem Niederstwertprinzip reformiert? WP: \_\_\_ von 10
- ... neue Finanzprodukte einer Risiko- und Ethikprüfung unterzieht und entsprechend dem Ergebnis zulässt oder untersagt? WP: \_\_\_ von 10
- ... in der EU nicht zugelassene Finanzprodukte vom Zugang zum EU-Binnenmarkt ausschließt? WP: \_\_\_ von 10

Frage 17:

Sollen Fonds aller Art so reguliert werden, dass ...

- ... sie keine Kredite aufnehmen dürfen? WP: \_\_\_ von 10
- ... sie keine feindlichen Übernahmen tätigen dürfen? WP: \_\_\_ von 10
- ... sie alle erzielten Einnahmen der AnteilhaberInnen per Jahresultimo an die Steuerbehörden automatisch melden müssen und diese der Einkommenssteuer unterworfen werden? WP: \_\_\_ von 10
- ... Boni maximal in der Höhe von fünfzig Prozent des Jahresgehalts ausgeschüttet werden dürfen? WP: \_\_\_ von 10
- ... Boni an Gemeinwohl-Leistungen geknüpft werden müssen? WP: \_\_\_ von 10

Frage 18:

Soll die Schaffung von internationalen Finanzmärkten weitergetrieben, zurückgenommen oder von Regulierungen begleitet werden?

Nulllösung:

Die globalen Finanzmärkte sollen weiter liberalisiert werden, zum Beispiel über das gegenwärtig in Diskussion befindliche Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Die Aufsicht dieser Märkte ist Aufgabe der Nationalstaaten und ihrer Behörden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Die bisherigen Liberalisierungen waren ein Fehler. Das WTO-Finanzdienstleistungsabkommen und ähnliche Abkommen sollen zurückgenommen, die Verhandlungen zum TTIP abgebrochen und die Märkte für Finanzdienstleistungsunternehmen aus Nicht-EU-Staaten geschlossen werden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Vor jeder weiteren Liberalisierung (WTO, TTIP) sollen im Rahmen der Vereinten Nationen Institutionen zur Aufsicht und Regulierung der bestehenden Märkte eingerichtet werden, die ihre Politik mit den UN-Menscheitszielen (Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Gesundheit, Arbeitsstandards, Systemstabilität, Umwelt- und Klimaschutz) abstimmen.

WP: \_\_\_ von 10

Falls 2: Frage 18a:

Soll im Rahmen der UNO ein Weltwirtschaftsrat eingerichtet werden, der ...

... auf Kohärenz in der internationalen Handels-,

Währungs-, Steuer- und Finanzpolitik achtet und auf globale ökonomische, soziale und ökologische Risiken frühzeitig hinweist?

WP: \_\_\_ von 10

... ein Mandat über den Internationalen

Währungsfonds und die Weltbank erhält?

WP: \_\_\_ von 10

... die Welthandelsorganisation WTO formal in

das UN-System integriert und sich ihren Zielen und Spielregeln unterwirft?

WP: \_\_\_ von 10

Falls 2: Frage 18b:

Soll eine globale Finanzaufsichtsbehörde eingerichtet werden, die ...

... dieselben Zielsetzungen wie die

EU-Finanzaufsicht auf globaler Ebene verfolgt

und dieselben Aufgaben für die globale Ebene

übernimmt? WP: \_\_\_ von 10

... die Koordination der Eigenkapitalregeln

vom Basler Komitee, die Entwicklung der

Bilanzierungsregeln (IFSR) und die Regulierung

des globalen Finanzsystems von der G20 und vom

Finanzstabilitätsrat übernimmt? WP: \_\_\_ von 10

Falls 2: Frage 18c:

Soll ein globaler Steuerpakt beschlossen und eine globale

Steuerbehörde eingerichtet werden, die ...

... eigenständig gegen Geldwäsche und

steuerschädliche Praktiken wie das

Bankgeheimnis vorgehen kann und eine global

einheitliche Konzernbesteuerung in die Wege

leitet? WP: \_\_\_ von 10

## Derivate

Frage 19:

Sollen Derivat-Geschäfte, die von der EU-Finanzaufsicht genehmigt

wurden, an beaufsichtigten Börsen stattfinden und mit hohem Eigenkapital

unterlegt werden, das von der Finanzaufsicht zu bestimmen ist?

Nulllösung:

Nein, das schränkt die Wirtschaftsfreiheit zu sehr

ein. WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, das würde das Universum der Derivate

transparenter, überschaubarer und sicherer

machen. WP: \_\_\_ von 10

Frage 20:

Sollen Derivat-Geschäfte außerhalb beaufsichtigter Börsen

Nulllösung:

... erlaubt bleiben?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

... verboten werden?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

... des Rechtsschutzes entledigt werden?

WP: \_\_\_ von 10

Frage 21:

Sollen private Ratings aus allen öffentlichen und offiziellen  
Regulierungen, Gesetzen und Institutionen entfernt werden?

Nulllösung:

Nein.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 22a:

Soll es bei Aktien ...

Nulllösung:

... keine Mindesthaltedauer geben?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

... eine Mindesthaltedauer von einem Jahr geben?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

... eine Mindesthaltedauer von drei Jahren geben?

WP: \_\_\_ von 10

Frage 22b:

Sollen Stimmrechte bei Aktien ...

Nulllösung:

... an keine Mindesthaltedauer geknüpft sein?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

... an eine Mindesthaltedauer von fünf Jahren  
geknüpft sein?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

... an eine Mindesthaltedauer von zehn Jahren  
geknüpft sein?

WP: \_\_\_ von 10

Frage 23:

Soll der Handel von Aktien (an kapitalistischen Börsen) auslaufen und nach einer Übergangszeit Aktien nur noch zurückgegeben, aber nicht mehr gehandelt werden können?

Nulllösung:

Nein, Unternehmen sind eine Ware wie jede andere, die auf Märkten ge- und verkauft werden können soll.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, die Beziehung zwischen EigentümerIn und Unternehmen ist enger und wird aufgewertet, wenn der Unternehmensanteil nur wieder zurückgegeben, aber nicht an eine dritte Person verkauft werden kann.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 24:

Soll die Finanzdividende auslaufen, damit das Wirtschaftsmittel Kapital nach anderen Kriterien (Sinn, Nutzen, Ethik, Mitbestimmung) investiert wird als nach dem Kriterium Finanzrendite?

Nulllösung:

Nein, kapitalistische Börsen sollen bestehen bleiben. Gemeinwohl-Börsen sollen ausschließlich auf freiwilliger Basis entstehen.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

In einem Übergangszeitraum soll die maximal erlaubte Dividende stufenweise abgeschmolzen werden gegen null.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 25:

Soll das Verkaufen von Krediten, ihr Bündeln und Verbriefen und der Handel mit den daraus entstehenden Derivaten erlaubt sein?

Nulllösung:

Ja.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Nein, die Banken sollen Hypothekenkredite, die sie vergeben, in den eigenen Büchern halten.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 26:

Sollen Kreditausfallsversicherungen (CDS) zugelassen werden?

Nulllösung:

Ja.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Nein, das ist eine unnötige und riskante  
Aufblähung des Finanzsystems.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 27:

Sollen Regierung und Parlament im Rahmen der Vereinten Nationen ein globales Rohstoffabkommen unterstützen, das die Förderung, Bepreisung, Verteilung und Rückführung sensibler und nichterneuerbarer ökologischer Ressourcen regelt, dessen Entwurf den nationalen Souveränen (mit Varianten) zur Abstimmung vorgelegt wird?

Nulllösung:

Nein, der Markt soll die Förderung, Verteilung und  
Bepreisung von Rohstoffen regeln.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, das wäre ein Fortschritt für die  
Weltgemeinschaft.

WP: \_\_\_ von 10

## Renten/Pensionen

Frage 28:

Soll die Politik den Umbau des Rentensystems in Richtung Kapitaldeckung vorantreiben, auf dem gegenwärtigen Stand belassen oder wieder zurücknehmen und das Umlageverfahren durch die Bedienung aller zehn »Schräubchen« stärken?

Nulllösung:

Die Rentenprivatisierung ist der richtige Weg,  
dieser soll fortgesetzt werden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Die gegenwärtige Mischung ist optimal, es braucht  
weder weiteren Umbau noch Rückbau.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Die staatliche Förderung privater Rentenvorsorge  
soll zurückgenommen und stattdessen das Umlage-

verfahren und der Generationenvertrag mit  
verschiedensten Maßnahmen gestärkt werden. WP: \_\_\_ von 10

Falls 2: Frage 28a:

Soll es eine Mindestpension für alle geben? WP: \_\_\_ von 10

Sollen Kindererziehungszeiten großzügiger  
angerechnet werden? WP: \_\_\_ von 10

Soll das gesamte Globaleinkommen für die  
Finanzierung der gesetzlichen Rente  
herangezogen werden? WP: \_\_\_ von 10

Darf der staatliche Zuschuss zur Rente bis zu  
einem Drittel der Rentenleistung ausmachen? WP: \_\_\_ von 10

Sollen Frauenrenten an das Niveau von  
Männerrenten herangeführt werden? WP: \_\_\_ von 10

Soll es eine einheitliche Rentenkasse für alle  
geben? WP: \_\_\_ von 10

## Steuergerechtigkeit

Frage 29:

Sollen Arbeits- und Kapitaleinkommen bei der Meldung an das  
Finanzamt gleichgestellt und automatisch gemeldet werden?

Nulllösung:

Nein, ich bin für die Beibehaltung der Ungleich-  
behandlung in dem Sinn, dass Arbeitseinkommen  
automatisch gemeldet werden und Kapitalein-  
kommen nicht. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Es soll umgekehrt sein: automatische Meldung  
von Kapitaleinkommen und Datenschutz für  
Arbeitseinkommen. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Ich bin für Gleichbehandlung im Sinne der  
Ausweitung des Datenschutzes auf Arbeits-  
einkommen. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

Ich bin für die Gleichbehandlung im Sinne der Ausweitung der automatischen Mitteilung auf Kapitaleinkommen.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 30:

Soll sich mein Land an einem multilateralen Steuerkooperationsabkommen in der OECD oder sogar in der UNO beteiligen?

Nulllösung:

Ich halte die gegenwärtige Regelung für ausreichend.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ich bin für die Beteiligung.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 31:

Soll das multilaterale Abkommen auf alle Arten von Kapitaleinkommen ausgeweitet werden und auf juristische Personen, einschließlich eines Namensregisters von Trusts und Stiftungen?

Nulllösung:

Die Ausnahmen sind berechtigt, es soll zu keiner Weiterentwicklung kommen.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Alle Lücken sollen geschlossen werden, damit wirklich alle Kapitaleinkommen vollständig erfasst und in den Informationsaustausch aufgenommen werden können.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 32:

Soll die Steuerflucht und -hinterziehung in Drittländer, die sich nicht an diesem Abkommen beteiligen, mit Sanktionen des Kapitalverkehrs beantwortet werden?

Nulllösung:

Der Kapitalverkehr soll bedingungslos frei bleiben. WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Der Kapitalverkehr in unkooperative Drittstaaten soll so lange eingeschränkt werden, bis es zur Kooperation kommt.

WP: \_\_\_ von 10



Frage 33:

Soll die Abwicklung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs eine öffentliche Aufgabe der Zentralbanken oder eigener öffentlicher Clearing-Banken werden als Teil des »öffentlichen Gutes Geld«?

Nulllösung:

Nein, das Clearing im internationalen Kapitalverkehr soll eine unregulierte private Dienstleistung sein.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Ja, das ist ein essenzieller Teil der Konstruktion »öffentliches Gut Geld«.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Es reicht aus, dass die privaten Clearing-Banken so reguliert und beaufsichtigt werden, dass sie die gezielte Beschränkung des Kapitalverkehrs durchsetzen (ähnlich privaten Zollbehörden).

WP: \_\_\_ von 10

Frage 34:

Soll sich [Österreich] [Deutschland] [die Schweiz] an einem internationalen Abkommen zur Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung sowie einem Korridor beteiligen?

Nulllösung:

Nein, ich bin für Steuerwettbewerb.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, ich bin für Steuerkooperation.

WP: \_\_\_ von 10

Falls ja: Frage 34a:

Wo soll der Korridor liegen?

Alternative 1:

Zwischen vierzig und fünfzig Prozent.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Zwischen 35 und 45 Prozent.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

Zwischen dreißig und vierzig Prozent.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 4:

Zwischen 25 und 35 Prozent.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 35:

Soll [Österreich] [Deutschland] [die Schweiz] sämtliche Doppelbesteuerungsabkommen auf die Anrechnungsmethode umstellen?

Nulllösung:

Nein, das soll die Regierung wie bisher nach freiem Ermessen entscheiden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Nein, alle Doppelbesteuerungsabkommen sollen nach der Freistellungsmethode gestaltet werden: Die inländischen Unternehmen sollen im Ausland nur den jeweils gültigen Steuersatz bezahlen, auch wenn dieser niedriger ist als im Herkunftsland.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Ja, ich bin für eine einheitliche Besteuerung inländischer Unternehmen unabhängig davon, wo sie operieren und Gewinne machen.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 36:

Soll [Österreich] [Deutschland] [die Schweiz] das Unitary-Taxation-Prinzip einführen?

Nulllösung:

Nein, ich bin für Steuerwettbewerb.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, ich bin für die faire anteilmäßige Besteuerung der realwirtschaftlichen Tätigkeit.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 37:

Soll sich [Österreich] [Deutschland] [die Schweiz] für die Einrichtung einer globalen Steuerbehörde einsetzen, die das Unitary-Taxation-Prinzip einführt und Regeln für eine global konsolidierte Konzernsteuerbilanz entwickelt?

Nulllösung:

Dagegen.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Dafür.

WP: \_\_\_ von 10

## Begrenzung der Ungleichheit

Frage 38:

Soll es einen gesetzlichen Mindestlohn geben?

Nulllösung:

Nein, der Preis für menschliche Arbeit soll sich auf Märkten frei bilden.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, die Märkte sichern kein menschenwürdiges Mindesteinkommen.

WP: \_\_\_ von 10

Falls ja: Frage 38a:

Acht Euro brutto pro Stunde.

WP: \_\_\_ von 10

Neun Euro brutto pro Stunde.

WP: \_\_\_ von 10

Zehn Euro brutto pro Stunde.

WP: \_\_\_ von 10

Elf Euro brutto pro Stunde.

WP: \_\_\_ von 10

Zwölf Euro brutto pro Stunde.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 39:

Soll dieser mit der jährlichen Teuerung valorisiert werden?

Nulllösung:

Nein.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja, damit jene, die am wenigsten verdienen, wenigstens keine Kaufkraft verlieren.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 40:

Soll das Höchstekommen mit einem maximalen Vielfachen des gesetzlichen oder tarifvertraglichen Mindestlohns begrenzt werden?

Nulllösung:

Nein.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Ja.

WP: \_\_\_ von 10

Falls ja: Frage 40a:

- ... mit dem Zehnfachen? WP: \_\_\_ von 10
- ... mit dem Zwanzigfachen? WP: \_\_\_ von 10
- ... mit dem Fünfzigfachen? WP: \_\_\_ von 10
- ... mit dem Hundertfachen? WP: \_\_\_ von 10
- ... mit dem 900-Fachen (CH), Tausendfachen (Ö),  
5000-Fachen (D) wie aktuell? WP: \_\_\_ von 10

Frage 41:

Soll die Vermögenssteuer ab einer Schwelle, die für einen gewissen Wohlstand ausreicht, einsetzen und progressiv ansteigen?

Nulllösung (Deutschland, Österreich):

Ich bin gegen jede Vermögenssteuer. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Ja, ab 500 000 Euro. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Ja, ab einer Million Euro. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

Ja, ab drei Millionen Euro. WP: \_\_\_ von 10

Frage 42:

Soll es eine Obergrenze für Privateigentum geben?

Nulllösung:

Nein, Eigentum soll unbegrenzt erlaubt sein  
und vom Staat geschützt werden. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Ja, in der Höhe von zehn Millionen Euro? WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Ja, in der Höhe von zwanzig Millionen Euro? WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

Ja, in der Höhe von fünfzig Millionen Euro? WP: \_\_\_ von 10

Alternative 4:

Ja, in der Höhe von hundert Millionen Euro? WP: \_\_\_ von 10

Alternative 5:

Ja, in der Höhe von einer Milliarde Euro? WP: \_\_\_ von 10

Frage 43:

Soll das Erbrecht ...

Nulllösung:

... uneingeschränkt sein (Deutschland) bzw.  
bleiben (Österreich)?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

... abgeschafft werden?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

... begrenzt werden?

WP: \_\_\_ von 10

Im Falle einer Begrenzung: Frage 43a:

Soll das Erbrecht je Kind bei Privatvermögen begrenzt werden mit ...

Alternative 1:

... 500 000 Euro?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

... einer Million Euro?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

... zwei Millionen Euro?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 4:

... drei Millionen Euro?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 5:

... fünf Millionen Euro?

WP: \_\_\_ von 10

Im Falle einer Begrenzung: Frage 43b:

Soll das Erbrecht je Kind bei Unternehmensvermögen (Familienbetriebe  
oder Landwirtschaften) begrenzt werden mit ...

Alternative 1:

... fünf Millionen Euro?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

... zehn Millionen Euro?

WP: \_\_\_ von 10

Alternative 3:

... zwanzig Millionen Euro?

WP: \_\_\_ von 10

## Währungssystem

Frage 44:

Wie sollen die internationalen Währungsbeziehungen in Zukunft gestaltet werden?

Nulllösung:

Ich bin für unregulierte Devisenmärkte, auf denen sich die Wechselkurse frei nach Angebot und Nachfrage bilden und entsprechend schwanken. WP: \_\_\_ von 10

Alternative 1:

Mein Land/die Eurozone soll mit möglichst vielen anderen Ländern ein kooperatives Wechselkursmanagement mit dem Ziel konstanter Kaufkraftparität und damit konstanter Wettbewerbsverhältnisse anstreben (REER-Modell UNCTAD). WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Ich stimme für eine globale Währungs Kooperation mit einer Weltreservewährung (Modell UNO). Die Regierung meines Landes soll sich innerhalb der UNO für eine solche Kooperation und für den Aufbau einer »beginners group« einsetzen. WP: \_\_\_ von 10

Falls 2: Frage 44a:

Alternative 1:

Soll ein Bretton Woods II mit Weltreserveunion, Weltreservebank und Weltreservewährung »Terra« eingerichtet werden mit Fokus auf ausgeglichenen Handelsbilanzen (Modell Keynes-Stiglitz-UNO)? WP: \_\_\_ von 10

Alternative 2:

Soll ein Bretton Woods II mit Weltreserveunion, Weltreservebank und Weltreservewährung »Terra« eingerichtet werden mit Fokus auf Kaufkraftparität (Kompromissmodell Keynes-Flassbeck-Felber)? WP: \_\_\_ von 10

Frage 45:

In welcher Währung sollen künftig Rohstoffe notieren?

Nulllösung:

Im US-Dollar.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Im Terra.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 46:

Was soll mit dem Internationalen Währungsfonds IWF passieren?

Nulllösung:

Er soll eine von der UNO unabhängige  
Aktiengesellschaft bleiben, mit Stimmrechts-  
verteilung nach Kapitaleinlage.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Er soll voll in das UN-System integriert und  
zur Weltreservebank werden. Alle Länder und  
Menschen sollen demokratisch repräsentiert sein.  
Dafür soll sich meine Regierung einsetzen.

WP: \_\_\_ von 10

Frage 47:

Was soll mit der Weltbank geschehen?

Nulllösung:

Sie soll bleiben, wie sie ist.

WP: \_\_\_ von 10

Alternative:

Sie soll voll in das UN-System integriert und  
nach dem Vorbild des IWF demokratisiert  
werden. Sie soll nur noch auf Basis der  
UN-Millenniumsziele sowie der Abkommen  
und Organisationen der Vereinten Nationen  
Kredite für eine global nachhaltige Entwicklung  
zinsfrei verleihen.

WP: \_\_\_ von 10

Danke für Ihren Beitrag zu einer demokratischen Geldordnung!